

50X1-HUM

Page Denied



Pressedienst

BERLIN 62, WALLSTRASSE 61-65 · FERNRUF 67 00 14, 67 29 97

Nr121

Inhaltsverzeichnis vom 31.Mai 1949.

	<u>Blatt</u>
1. <u>Lasst die Zonengrenzen fallen.</u>	
Die Ärzteschaft der SBZ an die Aussenministerkonferenz	1
2. <u>Sowjetzone</u>	
Erfolge operativer Gewerkschaftsarbeit auf einem volkseigenen Gut	1-2
Frischer Wind in den Amtsstuben	2-3
Die Abteilung Feriendienst des FDGB Mecklenburg	3
Ein Freiplatz im eigenen Ferienhaus	3
3. <u>Berlin</u>	
Entspannung soll verhindert werden	1
".....betreffe solidarischer Hilfe	1
Schwarzkopf-Belegschaft lehnt UGO-Betriebsratsforderung ab	1
Jugendheim der IG Metall	1
4. <u>Westzonen</u>	
Bode-Panzer-Hannover will mit der DWK verhandeln	1
Westdeutsche Bauarbeiter erklären sich solidarisch	1
Brüderliche Grüße vom Angestelltenverband Nürnberg	1
5. <u>Internationale Gewerkschaftsnachrichten.</u>	
<u>Tschechoslowakei</u>	
Plenum des Zentralrats der Gewerkschaften	1
<u>USA</u>	
Spaltermanöver des Exekutivkomitees des CIO	1

-.--.-.-.-.

Presseabteilung des FDGB

31. Mai 1949/Nr. 121

Lasst die Zonengrenzen fallen.

Die Ärzteschaft der SBZ an die Aussenministerkonferenz.

Professor Haemel, Hautklinik Erfurt:

"Die Einheit Deutschlands ist für uns Ärzte unabhängig von Partei und Weltanschauung nicht ein blosser Wunsch, sondern ein dringendes Bedürfnis. Nur wenn die deutsche ärztliche Wissenschaft wieder ohne Grenzen arbeiten kann, wird sie sich zum Wohle der gesamten Menschheit ihren grossen Aufgaben widmen können. Darum lasst die Zonengrenzen fallen und gebt dem Fortschritt und der Aufwärtsentwicklung der Menschheit den Weg frei.

Professor Brednow, medizinische Klinik Erfurt:

Die Lösung aller Probleme einer Nation kann nur erfolgen durch ihre Leistung als Kulturgemeinschaft. Die Voraussetzung für eine solche Leistung aber ist der Frieden. Daher wünschen wir alle einen baldigen Zusammenschluss von ganz Deutschland zu friedlicher und fruchtbarer gemeinsamer Aufbauarbeit.

Dr. Scholze, Direktor und Chefarzt des Landeskrankenhauses Altenburg:

Zum Beginn der Pariser Aussenministerkonferenz hege ich nur den einen Wunsch, dass die vier Grossmächte auf dem Boden gegenseitiger verständnisvoller Zusammenarbeit alle Bemühungen aufwenden, um zu einer Einigung über das Deutschlandproblem zu kommen, um endlich dem deutschen Volke die in Ost und West von allen demokratischen Deutschen heissersehnte Einheit zu geben und einen gerechten Friedensvertrag für Deutschland in die Wege zu leiten. Von dieser ungeheuer bedeutungsvollen Tagung hängt das Schicksal des deutschen Volkes und der Friede in Europa ab. Im Bewusstsein dieser grossen Verantwortung vor der gesamten Welt möge die Konferenz zu einer erfolgreichen und friedlichen Regelung unserer berechtigten Wünsche führen.

Dr. Engel, Chefarzt, Erfurt:

Ich begrüsse den erneuten Zusammentritt der Aussenministerkonferenz in Paris und hoffe, dass sie endlich einem geeinten Deutschland den langersehnten Frieden bringen wird.

Presseabteilung des FDGB

31. Mai 1949/Nr. 121

SowjetzoneFDGB - Erfolge operativer Gewerkschaftsarbeit auf einem volkseigenen Gut.

Das volkseigene Gut Schwichtenberg i/Mecklbg. war 1945 vollkommen heruntergewirtschaftet. Es fehlte an allem. Im Zuge der Bodenreform wurde es im Herbst 1945 zum Landesgut erklärt. Ein Betriebsleiter wurde eingesetzt, der sich jedoch nicht bewährte. Darauf wurde ein neuer Wirtschaftsleiter eingestellt, der heute noch tätig ist. Das Mitteilungsblatt der IG Land- und Forstwirtschaft für Mai 1949 gibt einen ausführlichen Bericht über die Leistungssteigerung dieses Gutes als Folge einer vorbildlichen gewerkschaftlichen Arbeit. Wir lassen den Bericht auszugsweise folgen.

Im Frühjahr 1946 setzte eine planmässige Arbeit ein. Es gab nichts, was vorher nicht geplant und beraten wurde. Um aber eine wirklich gute Arbeit zu erreichen, war es erforderlich, Kommissionen zu bilden, und sie mit ihrem Arbeitsgebiet vertraut und arbeitsfähig zu machen.

Der Planausschuß trat nunmehr in regelmässigen Abständen zusammen und beriet den Anbauplan und die damit zusammenfallende Arbeit. Genaue Verteilung der einzelnen Fruchtarten auf die dafür geeigneten Bodenarten. Verbesserung der Bodenverhältnisse durch Düngung und Bearbeitungsmaßnahmen, Verbreiterung des Zwischenfruchtanbaues mit dem Zweck der Erzielung höherer Ernteerträge wie Intensivierung des Anbaues überhaupt. Der Plan wurde verwirklicht. Auf die Schliessung der Fettlücke durch den erhöhten Anbau von Ölfrüchten wurde besonderer Wert gelegt. Der Rentabilität wegen wurden stickstoffsammelnde Pflanzen, wie Leguminosen, als Vorfrucht angebaut. Alle Arbeiten wurden genormt und somit die Grundlage gelegt für den Leistungslohn. Heute ist es so, dass jede Arbeit, die im Leistungslohn verrichtet werden kann, auch im Leistungslohn ausgeführt wird. Der Erfolg war aber erst durch die Einführung von innerbetrieblichen Wettbewerben möglich, was mit der Einführung des Leistungslohnes und dessen Vorbereitung engstens zusammenhängt. - Da aber der grösste Teil der Betriebsangehörigen berufsfern war und demzufolge die Landarbeit nicht kannte, wurde er in der Landwirtschaft systematisch eingewiesen und belehrt. Dem bis zu diesem Zeitpunkt steigenden Lohnkonto wurde durch diese Maßnahme Einhalt geboten. Jetzt ist aus diesen Kollegen ein guter Facharbeiterstand geschaffen worden.

Die Auswertung der vorgeplanten Maßnahmen fand ihren Niederschlag in den kritischen Feststellungen der Wandzeitung. Jeder Kollege sah es als seine Pflicht an, sich an deren Ausgestaltung zu beteiligen und Verbesserungsvorschläge zu machen. Sie wurden wiederum diskutiert, verbessert und in Gemeinschaftsarbeit angewandt.

Die Ertragssteigerung an tierischen und pflanzlichen Erzeugnissen im Rahmen des Zweijahrplanes wurde geprüft und festgelegt. Durch gute Auswahl an Saaten und Zuchtvieh konnten die Ziele schon heute erreicht und das Viehsoll übererfüllt werden. Hieran hatte der innerbetriebliche Wettbewerb maßgeblichen Anteil, denn jeder sah seine Aufgabe darin, den anderen Kollegen durch seine Arbeitsweise zu überbieten. Die besten Arbeiter berieten nach dem Wettbewerb über ihre Erfahrungen, suchten das Beste heraus und machten es zum Allgemeingut.

Presseabteilung des FDGB

31. Mai 1949/Nr. 121

Blatt 2
(Sowjetzone)

Da der Viehbestand anfangs sehr gering, die Weideflächen aber viel zu gross waren, wurden 20 ha Weideland umgebrochen und mit Kartoffeln bebaut. Da aber eine planmässige Erweiterung des Viehbestandes geplant war, musste ein Teil der Wiesen erhalten werden. Es wurde als Pachtland an die sowjetische Armee abgegeben. Aus dem vorher Aufgeführten geht die schlechte soziale Lage des Betriebes hervor. Zur Steigerung der Arbeitsproduktivität muss auch die Umgebung massgeblich beteiligt sein. Das hatten unsere Kollegen erkannt. So wurden drei Maurer beschäftigt, die die katastrophalen Werkwohnungen und Wirtschaftsgebäude ausbesserten. Sieben Werkwohnungen und der Schweinestall sind vollkommen neu ausgebaut worden. Neu gebaut wurden drei Räucherböden, sieben Keller, acht Stuben, drei vollständige Wohnungen, ein Stallgebäude für vier Familien, 14 Aborte, 11 Öfen und 16 Kochmaschinen; 16 Öfen und 24 Kochmaschinen wurden umgesetzt, im Gutshaus ein ~~mit~~ 250 Personen umfassender Raum mit fester Bühne geschaffen. Drei elektrische Pumpanlagen zur Versorgung von Mensch und Tier mit Wasser wurden neu erbaut und eingerichtet. Über 4.500 qm Ziegeldachflächen wurden neu ein- oder umgedeckt, die Fenster mit Glas versehen und die Türen erneuert.

Der Erfolg dieser guten Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaftsfunktionären und Belegschaft blieb nicht aus. Die Zahlen der Ernten von 1945 bis 1948 beweisen es. Wir geben sie nachstehend:

	1945	1948		1945	1948
Weizen	1.043 dz	2.547 dz	Bohnen	256 dz	610 dz
Roggen	884 "	3.028 "	Mohn	-	113 "
Gerste	327 "	966 "	Raps	-	874 "
Hafer	935 "	2.100 "	Kartoffeln	2.555	9.450 "
Erbsen	121 "	319 "	Zucker-		
			rüben	4.796	6.417 "

Viehbestand :

	1945	1948		1945	1948
Pferde	26 dz	37 dz	Schweine	-	192
Rinder	7	127	Schafe	-	250

FDGB - Frischer Wind in den Amtsstuben.

Die rege Diskussion auf der Arbeitskonferenz der IG Verwaltungen, Banken und Versicherungen, auf der ein Wettbewerb um die 10prozentige Senkung der Unkosten beschlossen wurde, liess erkennen, dass der Aktenstau in den Verwaltungen gehörig weggepustet wurde und ein frischer Wind durch die Amtsstuben weht. Zahlreiche Aktivisten der Verwaltungen berichteten über ihre in den Betrieben eingeführten Verbesserungen und neuen Arbeitsmethoden.

Zweijahresplan der Stadtverwaltung Dresden.

Der jugendliche Aktivist Walter Voigt, Sachbearbeiter bei der Stadtverwaltung Dresden, sprach in frischer, lebendiger Art von dem Zweijahresplan, den die Stadtverwaltung Dresden aufgestellt hat, um die Verwaltungskosten zu senken. Das Neue hierbei ist, dass die Bevölkerung zur Mitarbeit aufgefordert wurde. Und sie machte regen Gebrauch davon. Kritik wurde geübt,

Blatt 3

Presseabteilung des FDGB

31. Mai 1949/Nr. 12

Blatt 3
(Sowjetzone)

Verbesserungsvorschläge wurden gemacht, die soweit wie möglich Berücksichtigung fanden. Die Belegschaft der Stadtverwaltung Dresden kann schon auf beachtliche Erfolge hinweisen. Die Zahl der Dezernate wurde von 15 auf 10 verringert und auch die Zahl der Ämter und Aussenstellen ging erheblich zurück. Die Verwaltungsarbeit ist dadurch einfacher geworden und das Publikum spart viele Wege.

Aus 11 mach 1.

In der Stadtverwaltung Erfurt wurden bei der Einstellung von Arbeitern früher 11 Fragebogen verwandt. Der Vorsitzende der BGL, Kollege Gräson, arbeitete einen Plan aus, nach dem nur noch 1 Formular nötig ist. Die neue Arbeitsmethode hat sich glänzend bewährt.

200 Verbesserungsvorschläge wurden im Rahmen eines Wettbewerbes zwischen der Verwaltung der Landesregierung Brandenburg und der von Sachsen-Anhalt eingebracht. Das ist ein erfreulicher weiterer Beweis für die Regsamkeit der Belegschaften in den Verwaltungen.

Aktive Stadtverwaltung Wittenberge.

Rudolf Preisser von der Stadtverwaltung Wittenberge ist einer der Aktivisten, die das Aktivistenabzeichen des FDGB erhielten. Es wurde ihm verliehen für die Schaffung einer Verwaltungshelfer-Organisation. Von den 32.000 Einwohnern der Stadt Wittenberge haben sich 1.000 zur freiwilligen ehrenamtlichen Mitarbeit gemeldet. Sie sind das Bindeglied zwischen den Einwohnern und der Stadtverwaltung. Ihre Aufgabe, Wünsche der Bevölkerung an die Verwaltung heranzutragen und andererseits für Maßnahmen der Verwaltung das nötige Verständnis bei der Bevölkerung zu erwecken, haben sie bisher gut gelöst.

Für die Heimkehrer.

Bisher musste ein Heimkehrer in Wittenberge 8 behördliche Stellen aufsuchen, um zu seinen Lebensmittelkarten zu kommen und die notwendigen Anmeldungen zu machen. Diesem Misstand wurde gründlich der Garaus gemacht. Im Rahmen eines innerbetrieblichen Wettbewerbs in der Stadtverwaltung war es möglich, ein System einzuführen, nach dem die Heimkehrer jetzt nur noch eine Behörde aufzusuchen haben, um in den Besitz ihrer Lebensmittelkarten etc. zu kommen.

FDGB - Die Abteilung Feriendienst des FDGB Mecklenburg weist nochmals darauf hin, dass alle Kollegen, die in Urlaub fahren und mit dem FDGB-Feriendienst reisen, die in den einzelnen Badeorten festgesetzten Kurtaxen zu bezahlen haben. Letztere müssen von dem Urlauber an die Kurverwaltung entrichtet werden.

FDGB - Ein Freiplatz im eigenen Ferienhaus. Von der Chemisch-Technischen Fabrik Iltis, Gotha, wird mitgeteilt, dass dort in der Bohnerwachs- und Schuhputzabteilung ein Wettbewerb durchgeführt wurde, der eine 10prozentige Produktionssteigerung mit sich brachte. Für die drei Besten des Wettbewerbs ist von dem Betrieb ein Freiplatz im eigenen Ferienhaus Hohenwarte für den Monat Juni 1949 in Vorschlag gebracht worden. Für die beiden besten Kesselarbeiter wurden ausserdem je DM 25.- als Urlaubsbeihilfe vorgesehen.

Presseabteilung des FDGB

31. Mai 1949/Nr. 121

Berlin

FDGB - Entspannung soll verhindert werden
Täglich gehen weitere Resolutionen bei uns ein, in denen Belegschaften von in der sowjetisch besetzten Zone gelegenen Grossbetrieben gegen den westlich lizenzierten Terror der UGO-Sabotagekommandos protestieren.

"Die sich anbahnende Entspannung der Berliner Situation soll mit Gewalt verhindert werden", stellen die Arbeiter und Angestellten der IKA Elektro-Schaltgeräte, Eisenach fest.

Die Belegschaft der Thüringischen Landmaschinenfabrik Petkus Wutha sieht in dem zu diesem Zeitpunkt inszenierten UGO-"Streik" eine von "bekannten Gruppen" befohlene Massnahme zur Störung der Pariser Aussenministerkonferenz.

FDGB - "-----betreffe solidarischer Hilfe
Ein an den FDGB gerichtetes Telegramm des Sächsischen Industrie-Kontors, Dresden hat folgenden Wortlaut: "Erbitten Anschrift von fünf verletzten Bahnpolizisten aus Berlin betreffe solidarischer Hilfe."

Wie wir dazu vom Vorstand des FDGB Gross-Berlin erfahren, werden die Namen und Anschriften von fünf verletzten Bahnpolizisten dem Sächsischen Industrie-Kontor umgehend mitgeteilt.

FDGB - Schwarzkopf-Belegschaft lehnt UGO-Betriebsratsforderung ab
Mit allen Mitteln versuchten UGO-Kommissare der Firma Schwarzkopf, (französischer Sektor) die von ihrer Organisation während des Eisenbahner-"Streiks" geschaffene Bürgerkriegs-Atmosphäre auch in den Betrieb zu tragen. Den äusseren Anlass sollte Ludwig Reimar, Abteilung Maschinenbau, dazu geben, der bei Verhinderung von Sabotageakten auf einem S-Bahnhof von der UGO erkannt worden war.

Eine sofort einberufene Betriebsratssitzung - 8 UGO-Kommissare stehen 1 FDGB-Gewerkschafter gegenüber - forderte mit der Begründung, dass er ein "Streik"brecher sei, seine sofortige Entlassung.

Dieser Beschluss des UGO-Konsortiums stiess aber auf den heftigen Widerstand der Werkangehörigen. So ergab beispielsweise eine Abstimmung in der Abteilung Maschinenbau die Ablehnung des UGO-Antrages mit 60 gegen 10 Stimmen. Um ihre Niederlage zu verdecken, ging die UGO daraufhin zum Direktor, der aber eine willkürliche Entlassung Reimars gegen den Willen der Belegschaft ablehnte.

FDGB - Jugendheim der IG Metall
In der Nähe von Gosen, direkt am Seddinsee, hat die IG Metall im FDGB Gross-Berlin ein Ferienheim für 50 Jugendliche errichtet. Neben guten Unterkünften stehen dort den Jugendlichen Sportgeräte, Ruder- und Angelkähne sowie ein Motorboot zur Verfügung. Die Verpflegung erfolgt nach Kartengruppe I. Der tägliche Kostenbeitrag beläuft sich auf DM. 3.--.

Am 1. Juni beginnt die Urlaubssaison in Gosen, um mit der achten Feriengemeinschaft am 6. Oktober abzuschliessen.

--- -- -- -- --

Presseabteilung des FDGB

31. Mai 1949/Nr. 121

Westzonen.

FDGB - Bode-Panzer Hannover will mit der DWK verhandeln.
Der Betriebsrat der Firma Bode-Panzer AG, Hannover, wandte sich im Namen der Belegschaft mit einem Brief an den Vorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, in dem er darum bittet, sich zwecks Aufnahme von Verhandlungen im Namen des Betriebes mit der Deutschen Wirtschaftskommission in Verbindung zu setzen. "Noch immer denken wir mit Stolz zurück an unseren Sieg um das Mitbestimmungsrecht in unserem Betrieb, den wir im Winter 1946 erringen konnten", heisst es wörtlich. "Wir erinnern uns in diesem Zusammenhang mit Freude und Genugtuung an die Sympathie-Telegramme, welche nicht nur von Euch sondern auch von vielen Betrieben der Ostzone zu uns gesandt wurden." Die Geschäftslage des Betriebes, so wird in dem Brief hervorgehoben, sei augenblicklich dermassen schlecht, dass grössere Entlassungen vorgenommen werden müssten. Wegen der schlechten Wirtschaftslage in den Westzonen habe der Betrieb keine Absatzmöglichkeiten. "Der Betriebsrat und die Vertrauensleute der Firma Bode-Panzer AG", so heisst es wörtlich, "haben darum beschlossen, sich an die Deutsche Wirtschaftskommission in Berlin zu wenden, um die Absatzmöglichkeiten in der Ostzone zu prüfen, zumal wir in Leipzig eine Zweigniederlassung haben". In dem Brief wird der FDGB ferner gebeten, die Absatzmöglichkeiten der Produktion dieses Betriebes in den Volkseigenen Betrieben der sowjetischen Besatzungszone zu untersuchen. Neben Geldschränken stellt der Betrieb Stahlmöbel, Regalanlagen, Kleiderschränke für Belegschaftsmitglieder u.ä. her. "Wir glauben", so wird abschliessend betont, "dass durch das Zustandekommen eines Abschlusses die Möglichkeit geschaffen ist, eine enge Verbindung zwischen den Arbeitern der Ost- und Westzone herzustellen."

FDGB - Westdeutsche Bauarbeiter erklären sich solidarisch.
Die Industriegewerkschaft Bau in Mainz hat den Appell der Bautzener Bauarbeiter, sich in die Reihen der Kämpfer für die Einheit Deutschlands zu stellen, zustimmend beantwortet. "Eurer Initiative für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands", heisst es in dem Antworttelegramm der Mainzer Werktätigen, "schliessen sich die Bauarbeiter von Mainz in brüderlicher Verbundenheit an. Nehmt das Treuegelöbnis der Mainzer Bauschaffenden entgegen."

FDGB - Brüderliche Grüsse vom Angestelltenverband Nürnberg.
Der Zentralvorstand der Gewerkschaft der Angestellten im FDGB hatte sich anlässlich der Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen an den Angestelltenverband Bayern, Nürnberg, gewandt und in dem Telegramm der Verbundenheit aller Werktätigen Ausdruck gegeben. Das Antwortschreiben, das daraufhin vom Angestelltenverband Bayern übermittelt wurde, hat folgenden Wortlaut: "Danken für brüderliche Grüsse und erwidern diese herzlichst: hoffen, dass Verständigung zwischen Ost- und Westdeutschland der Welt einen dauerhaften Frieden schenkt."

Presseabteilung des FDGB

31. Mai 1949/Nr. 121

Internationale GewerkschaftsnachrichtenTschechoslowakeiFDGB - Plenum des Zentralrats der Gewerkschaften.

In Prag fand ein Plenum des Zentralrats der Gewerkschaften der Tschechoslowakei statt. Kolsky, der stellvertretende Generalsekretär, wies in seinem Referat auf die Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs in den Betrieben hin, wodurch die Industrie den Plan für das 1. Quartal 1949 zu 103,7% erfüllt hat. Im März haben am Arbeitswettbewerb 207 000 Werktätige teilgenommen. In den ersten 3 Monaten dieses Jahres sind von Arbeitern, Ingenieuren und Technikern über 17 000 Rationalisierungsvorschläge eingegangen, von denen 9 000 bereits verwirklicht wurden. Hieraus ergab sich eine Ersparnis von 258 Millionen Kronen. Das Plenum legte fest, im September und Oktober dieses Jahres Bezirks- und Gebiets-Gewerkschaftskonferenzen durchzuführen. Der ordentliche 2. Kongress der Gewerkschaften der Tschechoslowakei ist auf Dezember 1949 festgelegt worden.

U.S.A.FDGB - Spaltermanöver des Exekutivkomitees des CIO.

Das Exekutivkomitee des CIO hat mit 38 gegen 9 Stimmen einen formellen Beschluss über den Austritt aus dem WGB gefasst. Allen linken Führern wurde angeimgestellt, innerhalb von 5 Monaten die Verbindung mit dem WGB und seinen Organen abzubrechen. Anderenfalls würden sie aus dem CIO ausgeschlossen. Das Exekutivkomitee des CIO beschloss gleichfalls, zusammen mit der AFL die Schaffung einer neuen spalterischen "internationalen antikommunistischen Gewerkschaftsföderation" in Angriff zu nehmen. Die Mitglieder des Exekutivkomitees, die gegen diesen Beschluss gestimmt hatten, erklärten, dass sie sich ihm nicht unterordnen. Bridges, Mitglied des Exekutivkomitees und Vorsitzender der Hafenarbeiter der Westküste, erklärte, dass er die Verbindung mit dem WGB trotz des Austritts des CIO aus dem WGB aufrecht erhalten werde. Henderson, Mitglied des Exekutivkomitees und Vorsitzender des Verbandes der Nahrungsmittel- und Tabakarbeiter, erklärte, dass er trotz des Beschlusses des Exekutivkomitees am 2. Weltgewerkschaftskongress teilnehmen werde. Als die rechte Führung des CIO sich einem solchen Widerstand gegen ihre Spalterpolitik gegenüber sah, peitschte sie am nächsten Tag mit 20 gegen 6 Stimmen eine Resolution durch, nach der die Mitglieder des Exekutivkomitees, die nicht mit allen Beschlüssen der führenden Organe des CIO einverstanden sind, verpflichtet sind, aus dem Exekutivkomitee auszuschcheiden. Auf der gleichen Sitzung billigte das Exekutivkomitee des CIO mit 29 gegen 6 Stimmen den Nord-Atlantik-Pakt. Gegen diese Resolution stimmten Bridges, Flexer, Vorsitzender des Verbandes der Staats- und Gemeindeangestellten, die Vorsitzenden des Verkehrs-Arbeiter- und des Steward-Verbandes, sowie Henderson und Darkin, Vorsitzender des Verbandes der Kontorangestellten. Nach einer Mitteilung der Agentur United Press hat Murray erklärt, dass der "Befehl" über die Abdankung sich auch auf drei weitere Funktionäre des CIO bezieht, die gegen den Austritt aus dem WGB gestimmt haben.

-.-.-.-.-